



Nationalpreisträger Prof. Heinz Bongartz (SED) spricht zu den Beschlüssen der Prager Außenministerkonferenz

die Vertreter von Wissenschaft und Kunst schreiten in diesem Kampf freudig voran. Allen Bevölkerungskreisen in ihrem Wirken für den Frieden und die Einheit Deutschlands in der gefährlichen Situation, in der wir uns befinden, Ziel und Richtung zu geben, betrachten die antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen im Sächsischen Landtag als ihre Aufgabe, und wir begrüßen diese Übereinstimmung ganz besonders. Welches höhere Ziel kann es für Friedenskämpfer, für die wahren Patrioten Deutschlands geben, als über weltanschauliche Gegensätze hinweg den Weg zu Frieden und Einheit Deutschlands zu finden?

Die Beschlüsse der Neuyorker Konferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs sind alarmierend. Sie verhindern den Abschluß eines Friedensvertrages und sind darauf gerichtet, Westdeutschland endgültig in ein Werkzeug der Pläne der anglo-amerikanischen Kriegshetzer zu verwandeln. Diese Politik bedeutet — so hat der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vor dem ganzen deutschen Volk festgestellt — eine ernste Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker Europas. Sie bedroht die Existenz des deutschen Volkes.

Im Interesse des Friedens und der Zukunft unserer Nation hat sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an alle Schichten des gesamten deutschen Volkes gewandt und hat sie aufgefordert, die Bemühungen zur Sicherung des Friedens, zum beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages, zum Aufbau einer Friedenswirtschaft und zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands mit aller Kraft zu unterstützen. In diesem Kampf steht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands voran.

Der Generalsekretär unserer Partei, Walter Ulbricht, hat die Bereitschaft der SED zum Ausdruck gebracht,

alle Schritte zu unterstützen und zu fördern, die der Herbeiführung von Besprechungen zwischen Vertretern Westdeutschlands und Ostdeutschlands dienen. Sein Appell zur Schaffung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates hat starken Widerhall in den Betrieben und in einem Teil der westdeutschen Presse gefunden. Er hat ausdrücklich betont, daß die demokratischen Vertreter Ostdeutschlands nicht die Absicht haben, die Besprechungen an irgendwelche Vorbedingungen zu knüpfen. Wir sind, sagte er, der Meinung, daß vor allem eine Verständigung über die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates herbeigeführt werden sollte, um sich zu verständigen, wie wir zu einem deutschen Friedensvertrag kommen können. Wenn das der Fall ist, wird auch eine sachliche Besprechung über den Inhalt der künftigen Ordnung in Deutschland möglich sein. Auf beiden Seiten muß also der Wille zu Kompromissen vorhanden sein.

Wir greifen diesen Appell unseres Generalsekretärs auf, der den Weg in ein einheitliches Deutschland gewiesen hat. Es gilt nun, mit aller Kraft eine Volksbewegung für die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu entfalten. In jeder Betriebsabteilung, auf jeder MAS, in jedem Wohngebiet und in jedem Dorf, überall in Deutschland, in Stadt und Land, muß zu dieser großen Lebensfrage der Nation Stellung genommen werden, um die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu eringen, um den Frieden zu sichern.

Dabei ist die Stärkung der jungen Deutschen Demokratischen Republik eine der wichtigsten Aufgaben dieses Friedenskampfes. Nicht umsonst versuchen die Kriegs- und Aufrüstungspolitiker des Westens gerade die Deutsche Demokratische Republik mit allen Mitteln zu diffamieren und ihren Aufbau durch Agenten und Sabo-